Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk. ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1123 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigenexpeditionen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Filialen-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 503. Halle, Mittwoch den 27. Oktober 1920. Einzelpreis 20 Pfg.

Unruhen in den englischen Kolonien.

Noske für eine starke Ordnungspolitik — Der König von Griechenland gestorben — Eine Warnung der Hamburger Handelskammer vor der Sozialisierung.

Die Entpolitisierung der Wirtschaft.

Bei der Eröffnung der Hochschule für Politik, über die wir gestern berichteten, hat Minister Simons eine bemerkenswerte Rede gehalten, in der er ein gewisses Schwächesymptom unseres Volkskörpers berührt hat, auf das auch wir schon verschiedentlich an dieser Stelle eingegangen sind. Es ist die Frage der Entpolitisierung des Wirtschaftslebens, ohne die nach Lage der Dinge an eine störungsfreie und festorganisierte Wiederaufbauarbeit kaum zu denken ist. Die Politik ist in Deutschland seit der Reichsgründung einen Weg gegangen, der ebenso eigenartig wie — das haben die Ereignisse bewiesen — ungesund war. Die Sorge um die staatliche Idee ist überwuchert worden durch die Sorgen um die wirtschaftlichen und technischen Interessen. Von Haus aus ist die Grundlage jeder Parteipolitik das Eintreten für eine bestimmte staatliche Grundform, bei deren lückenlosen Aufbau man die besten Entwicklungsmöglichkeiten für alle Volksschichten oder für den Staat als Selbstzweck erwartet. Im Sinne dieser Parteiidee muß jede Partei folgerichtig die Gesetzgebung zu beeinflussen versuchen und kann auch zweifellos danach streben, Hemmnisse für die Durchführung der Idee, sei es durch Aufklärung, sei es durch rücksichtslosen Kampf, zu beseitigen. Mit diesem Ringen um Staatsideen hängen natürlich auch gewisse Wirtschaftsprobleme zusammen, sofern die Staatsidee sich auf die Landwirtschaft, die Industrie oder den Handel als Grundstock für das Leben der Volksgemeinschaft stützt, und es können dadurch die Parteien gleichzeitig zur Interessenvertretung der in den Mittelpunkt des Staatsinteresses gerückten Berufsgruppen werden. Immerhin muß aber diese Berufsinteressenvertretung für jede Partei, die der Volksgesamtheit dienen will, solange sekundär bleiben, als damit eine Schädigung anderer Berufsgruppen veranlaßt werden kann. Nun ist aber in den letzten Jahrzehnten infolgen einer Verschiebung im Parteileben eingetreten, als die Parteien in erster Linie mit Rücksicht auf die Gewinnung von Anhängern die Interessenvertretungsfrage in den Vordergrund geschoben und die eigentliche Grundlage für ihre Existenzberechtigung, die Staatsidee, in den Hintergrund gestellt haben. Das war ungefährlich, solange die Frage der Staatsform geregelt war und die Mehrheit des Volkes kein brennendes Verlangen hatte, die bestehenden Verhältnisse geändert zu sehen.

Mit dem Augenblick aber, wo durch den infolge des verlorenen Krieges verursachten Umschwung der Verhältnisse die Frage der Staatsform in den Mittelpunkt des politischen Interesses gestellt wurde, mußten die Parteien die Frage der Berufsinteressenvertretung zurückschieben, um ihre ganze Stoßkraft auf die Schaffung einer gesunden neuen Staatsform zu richten. Die Entwicklung der Revolution machte das unmöglich, weil die Triebkraft der Revolution weniger in politischen Momenten, als in der durch den unglücklichen Kriegsausgang herbeigeführten wirtschaftlichen und seelischen Not aller Berufsschichten lag. Das war auch der Grund dafür, daß schon im November 1918 von einem idealistisch-revolutionären Geist selbst in der Sozialdemokratie keine Rede war, sondern das Endziel der Bewegung sich auf eine grundlegende Umgestaltung der Entlohnungsverhältnisse einrichtete. Daher kam es, daß über die Staatsumwälzungsprobleme als solche sich eigentlich nur ein beschränkter Kreis von politisch reifen Personen klar war, während in allen Parteien ohne Ausnahme die Vertreter von Berufsgruppen Einfluß zu gewinnen versuchten einzig und allein, um für ihren Stand materielle Vorteile herauszuschlagen; für diese Elemente, deren Streben an sich ganz verständlich war, als Folgeerscheinung der Vorgänge innerhalb der Arbeiterschaft, kam das Problem der Staatsform erst in zweiter Linie. Jeder, der in der kritischen Zeit in der Parteibewegung eine verantwortliche Rolle zu spielen gezwungen war, weiß über die daraus resultierenden Schwierigkeiten ein Lied zu singen. In den Berufsorganisationen wurde damals die Parole ausgegeben, hinein in die Parteien. So kam es, daß innerhalb jeder Partei jetzt noch wirtschaftliche und technische Fragen die eigentliche Politik überwuchern und daß die Parteien die Sonderwünsche der Berufsgruppen mehr oder minder klar demagogisch mißbrauchen, um ihrer Partei neue Anhänger zuzuführen. So ist es zu beinahe grotesken Erscheinungen gekommen, hat doch die Deutschnationale Volkspartei neuerdings sogar den Versuch gemacht, eine deutschnationale Gruppe der Heilkundigen ins Leben zu rufen. Gerade das aber illustriert die verfahrene Situation. Der einfache gesunde Menschenverstand muß es ablehnen, Heilkundige, Rechtsanwälte, Lehrer, Beamte, Kaufleute, Industrielle, Gewerbetreibende und andere Berufe oder weitergehend die wirtschaftlichen Probleme lediglich parteipolitisch zu gruppieren. Das wäre nicht nur undurchführbar, sondern es wäre unsinnig und lächerlich. Die Lösung der Wirtschaftsprobleme und damit zusammenhängender Verkehrs-, Ernährungs- und Aufbaufragen praktischer Art kann nicht Aufgabe der Parteipolitik sein, soweit sie aus der Auswertung staatspolitisch, also legislativ festgelegter Situationen sich ergibt.

Die Politik der Parteien hat als Endziel die Legislative und die Eingliederung des eigenen Staatsganzen in die Weltpolitik, soweit das Verhältnis der Staaten zueinander in Betracht kommt. Das Wirtschaftsleben als solches geht seinen eigenen Gang und würde auch die Wälle durchbrechen, die eine den Staat lediglich als Selbstzweck betrachtende Politik ziehen wollte. Deshalb müssen die Parteien auf die Bewegungen des Wirtschaftslebens Rücksicht nehmen und dürfen allenfalls ausgleichend zu wirken versuchen im Allgemeininteresse, wenn eine Wirtschaftsgruppe andere für die Volksgesamtheit gleich wichtige in ihren Lebensfundamenten zu erschüttern trachtet.

Aus diesen Erwägungen ist ja auch der Reichswirtschaftsrat geschaffen worden, dessen Arbeitsfeld ein gänzlich andersgeartetes als das des Parlamentes ist. Mit der Schaffung des Reichswirtschaftsrates ist ein neuer Weg geschaffen worden, der, wenn er von allen, die die Notwendigkeit der Auswertung der durch die politische Legislative geschaffenen Verhältnisse im Sinne produktiver Aufbauarbeit erkannt haben, beschritten wird, Deutschland aus dem gegenwärtigen Tiefstand wieder zur Höhe führen muß. Er führt im gewissen Sinne zur Entpolitisierung der Wirtschaft. Leider fehlt ihm noch der tragende Unterbau, der nur geschaffen werden kann, wenn auch der Unterbau der Staatspolitik, die Parteien sich von den ihnen durch die Verhältnisse aufgezwungenen wirtschaftlichen Vertretungen frei machen. Die parteipolitische Gruppierung von wirtschaftlichen Interessen muß zerklüftend wirken und trägt in wirtschaftliche Probleme wesensfremde Momente hinein. Aus diesem Grunde haben wir nicht zuletzt die Zerrissenheit des deutschen Bürgertums zu beklagen. Wenn wir diese Zerrissenheit beseitigen und das gesamte deutsche Bürgertum, unbeschadet der hohen idealen Aufgaben der Parteien, zu produktiver Arbeit einigen wollen, dann müssen wir das Wirtschaftsleben entpolitisieren und für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen andere zentrale Organisationen schaffen, in denen parteipolitische Orientierung keine hervortretende Rolle spielt. Hier kann der Bürgerbundgedanke, wie er zurzeit bei uns in Halle wieder in Fluß gebracht wird, eine ausschlaggebende Bedeutung gewinnen.

⊙

Noske für eine starke Ordnungspolitik.

Oberpräsident Noske hielt in Harburg in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei einen Vortrag über Demokratie und Sozialismus. Er kritisierte scharf den Friedensvertrag und wies dabei darauf hin, daß die Mehrheit des deutschen Volkes die Bedeutung des Versailler Vertrages auch heute noch nicht erkannt habe. Dann zog er eine Parallele zwischen den Verhandlungen in Kassel und Halle. Er wandte sich mit aller Schärfe gegen Putschversuche von links. Es sei beschämend für einen Teil der Arbeiter, sich von dieser Minderheit einfangen zu lassen. Wer heute daran gehe, in der Heimat noch mehr in Trümmer zu schlagen, als ohnehin durch den Friedensvertrag schon zerschlagen sei, müsse es sich gefallen lassen, daß ihm mit allen Mitteln entgegengetreten werde. Hinsichtlich seiner früheren Tätigkeit als Minister erklärte Noske, daß vieles vor dem, was er früher zu tun gezwungen gewesen sei, in der Zukunft milder beurteilt werden würde.

Eine Warnung der Hamburger Handelskammer vor der Sozialisierung.

Die Handelskammer in Hamburg richtete an das Reichswirtschaftsministerium eine Eingabe, in der es heißt: Die Handelskammer Hamburg hält es für ihre Pflicht, zu den Fragen der Sozialisierung des Kohlenbergbaues öffentlich Stellung zu nehmen. Die Handelskammer will keinesfalls starr festhalten an den überlebten Formen. Sie ist bereit, mitzuarbeiten an der Durchführung notwendig werdender Organisationsänderungen, die produktionssteigernd und preissenkend wirken und die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten und Arbeiter erhöhen. Die Handelskammer vermag jedoch in keinem der beiden Vorschläge zur Sozialisierung des Bergbaues einen Weg zu erblicken, der ohne schwere Erschütterung zum Ziele führt. Beide Vorschläge führen eine bürokratische Zwangsorganisation ein. Auch das in beiden Vorschlägen vorgesehene Prämiensystem ist nach Ansicht der Handelskammer nicht geeignet, einen Ansporn zur Arbeit zu geben. Statt einer Steigerung der Erzeugung und Verbilligung der Preise wird die Sozialisierung eine Verringerung der Produktion und eine Erhöhung der Preise zur Folge haben. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und des deutschen Handels werde — so heißt es weiter — dem Ausland gegenüber schwer geschädigt. Die Hauptlast würde die Verbraucher und die Arbeiter zu tragen. Die Handelskammer warnt die Reichsregierung eindringlichst, einen der beiden Vorschläge durchzuführen, dessen Fehlschlagen bei der trostlosen Finanzlage des Reiches eine Katastrophe herbeiführen würde.

Die Gärung im Britischen Weltreich.

Einer Reutermeldung aus Port Elisabeth (Südafrika) zufolge kam es dort nach der Verhaftung des Vorsitzenden des Verbandes der eingeborenen Arbeiter zu ernsten Ausschreitungen, in deren Verlauf eine große Menge von Eingeborenen mehrfach versuchte, ein großes Petroleumlager einzuäschern und die Telephonleitungen zu zerschneiden. Die Polizei eröffnete das Feuer. 22 Personen wurden getötet, 41 verwundet, darunter zahlreiche Frauen. Polizeiverstärkungen sind eingetroffen. Die Eingeborenen halten weiter Versammlungen ab.

Einer Reutermeldung aus Bombay zufolge kam es zwischen ausständigen Straßenbahnschaffern und Polizisten zu Zusammenstößen, bei denen 13 Personen, darunter zwei Polizisten, verletzt wurden.

Der Wiederaufbau Oesterreichs.

Der Präsident der österreichischen Sektion der Reparationskommission hat in den letzten Tagen eine Reihe hervorragender politischer Persönlichkeiten empfangen und ihnen über sein Programm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs Mitteilungen gemacht. Die Vorschläge des Präsidenten gipfeln in folgenden Anträgen: 1. Oesterreich erhält bis zur endgültigen Regelung das Kreditproblems eine Interimsanleihe von 60 Millionen Dollar. 2. Die Errichtung einer Notenbank, die auf Privatkapital fundiert wird. 3. Größte Sparsamkeit im öffentlichen Haushalt und Herabsetzung der Ausgaben für die Wehrmacht. 4. Möglichste Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. 5. Sofortige Inanspruchnahme des Ausbaues der Wasserkräfte. 6. Umwandelung der Staatsmonopole und Staatsbetriebe in gemischtwirtschaftliche Betriebe unter Beteiligung ausländischen Kapitals.

Der König von Griechenland †

Nach einer WTB.-Meldung aus Berlin ist der König von Griechenland am Montag gestorben. Ueber seine Erkrankung ist in den letzten Wochen Verschiedenes berichtet worden. Es war von einem Attentat die Rede, dessen Urheberschaft sogar bei Venizelos gesucht wurde. Es scheint jedoch festzustehen, daß er, wie wir schon mitteilten, beim Spaziergange im Park seines Schlosses von einem Affen gebissen worden ist und sich dadurch eine Blutvergiftung zugezogen hat, der er nun zum Opfer gefallen ist. Daß der Tod einen nennenswerten Einfluß auf das Geschick des griechischen Volkes haben wird, ist kaum anzunehmen, denn der Verstorbene war doch nur ein Werkzeug in der Hand des griechischen Ministerpräsidenten.

Bedingte Strafaussetzung durch die Gerichte.

Von zuständiger Stelle wird der „Dena" geschrieben: Nachdem sich der Gedanke der bedingten Strafaussetzung inzwischen ein Vierteljahrhundert bewährt hat und von der Voraussetzung ausgegangen werden kann, daß auch ohne Beteiligung der Zentralinstanz von der bedingten Strafaussetzung sachgemäßer Gebrauch gemacht werden wird, hat sich die Regierung jetzt zu den wichtigen Schritt entschlossen, den erkennenden Gerichten, deren Aeußerungen schon seit 1912 wesentlichen Einfluß auf die Gewährung der Strafaussetzung und des Erlasses der Strafe gehabt haben, die Strafaussetzung, den Widerruf und den Erlaß der Strafe zu übertragen, soweit Freiheitsstrafen von nicht mehr als sechs Monaten in Betracht kommen. Das ist durch den Erlaß der preußischen Staatsregierung vom 2. August 1920 auf die Allgemeine Verfügung des Justizministers vom 19. Oktober geschehen, die im Justizministerialblatt S. 564 ff. abgedruckt sind. Damit ist im Ergebnis, wenn auch auf anderem Wege, dasselbe erreicht worden, was in anderen Staaten durch Gesetz eingeführt worden ist und was uns die Strafrechtsform gleichfalls bringen sollte. Das erkennende Gericht ist die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201027011/fragment/page=0001

Stelle, vor dem im lebendigen Eindruck der Hauptverhandlung die Straftat selbst, ihre Beweggründe und ihre Wirkungen erörtert werden. Das Gericht sieht und hört den Täter selbst und ist genötigt, je nach Art und Schwere der Tat auf die Vergangenheit und die Charaktereigenschaften des Täters einzugehen, um innerhalb der weitgesteckten Strafrahmen die für die zur Aburteilung stehende Tat richtige Strafe zu finden. Es wird dem Gericht viel leichter werden, in seinem Urteil die Schwere der Tat auch bei jugendlichen und erstmaligen Rechtsbrechern durch gebührende Strafen zu treffen, wenn ihm — wie es jetzt durch Uebertragung der bedingten Strafaussetzung geschehen ist — gleichzeitig die Macht gegeben wird, die Vollziehung der Strafe aufzuhalten, die Strafe zu mildern und zu erlassen, je nach den Verhältnissen, die bei Verübung der Tat auf den Täter gedrückt haben, und unter denen er in Zukunft zu leben haben wird. Die Tatsache, daß dieselbe Stelle, die nur durch Gesetz und Gewissen gebunden, die Strafe ausgesprochen hat, auch ermächtigt ist, das hohe Recht der Gnade auszuüben, wird sicher auch dazu beitragen, das Vertrauen zu den Gerichten zu heben. In der durch die Neuordnung der bedingten Begnadigung eingeschlagenen Richtung liegt es, daß in den besonderen Fällen, in denen der Justizminister neben der Strafaussetzung durch die Gerichte sich die Strafaussetzung vorbehalten hat (insbesondere, wenn die erkannten Strafen sechs Monate übersteigen oder wenn erheblich vorbestrafte Personen in Frage kommen), eine weitgehende Mitwirkung der erkennenden Gerichte vorgesehen ist. Es empfiehlt sich daher, alle Gesuche, in denen Strafaussetzung erbeten wird, unmittelbar bei den Gerichten einzureichen, die das erste auf Strafe lautende Urteil gefällt haben.

Die Pflicht zur Mitarbeit.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Neukommunisten und der alten U. S. P. im Reichstage haben in der Presse lebhaften Widerhall gefunden. Der Vorsitzende der Deutschen demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, schreibt uns in einer Betrachtung über den Nachhall: Auf der Rechten erleben wir heute tagtäglich zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen genau das Gleichartige, was wir zwischen unserer Partei und der Deutschen Volkspartei erlebt haben, als diese Partei noch im Zuschauerraum saß. Der Artikel des „Vorwärts", dem man die ganze Freude über den Szenenwechsel links anmerkte, schloß mit den Worten: „Ja, es ist wahr, über das Schauspiel, das die auseinandergefallenen Stücke der U. S. P. boten, hat der ganze Reichstag gelacht. Aber im Grunde genommen wußte nur die Rechte, warum sie lachte." Darin hat der „Vorwärts" recht und es wurde ja auch in der Debatte über Sinowjews Aufenthalt in Deutschland wiederholt auf die Gefahr einer Reaktion oder gar „Konterrevolution" von rechts hingewiesen. Ein Recht dazu haben nur diejenigen Parteien, die alles tun, um die Demokratie zu schützen und zu stärken. Kein vernünftiger Mensch wird die großen Gefahren leugnen, die der heutigen Staatsform und ihrer Regierung aus der Belastung erwachsen, welche das schwere Schicksal unseres Volkes mit sich bringt. Um so mehr haben alle Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, oder die auch nur der Ueberzeugung sind, daß allein auf diesem Wege unser Reich und unser Volk vor Bürgerkrieg und Verwüstung geschützt werden kann, die Pflicht, alles zu tun, um dem Radikalismus rechts und links nicht weitere Scharen von Bekennern zuzuführen. Nichts läßt aber Gefühle und Glauben, daß die jetzige Staatsform nicht zum Aufstieg Deutschlands führen wird, so erstarken, als wenn nicht alle Parteien, welche Träger dieser neuen Staatsform sein können, dieser Aufgabe unter Zurückstellung rein parteiegoistischer, taktischer Gesichtspunkte dienen. Wir sind gewarnt. Der Bismarcksche preußisch-deutsche Obrigkeitsstaat blieb unentwickelt bis zum Zusammenbruch, weil die Parteien der Linken sich nicht zusammenschlossen zur Lösung politischer Aufgaben, sondern auseinandertrieben aus agitatorischen, parteipolitischen Gründen. Geschieht das wieder, so werden wir eines Tages wieder vor einem Scherbenhaufen stehen. Wenn die Rechte auch nicht lacht, so hat sie sicher ihre stille Freude an den Schwierigkeiten, die der Bildung einer breiten deutschen Mitte von den Parteien selbst geschaffen werden.

Prinz Sapieha über die Danzig-polnische Konvention

T.U. Warschau, 26. Oktbr. In einer Unterredung mit einem französischen Pressevertreter führte der polnische Außenminister Prinz Sapieha über die schwebende Frage der Danzig-polnischen Konvention aus: Polen kann die enge Verbindung nicht vergessen, die Jahrhunderte lang zwischen ihm und Danzig bestand. Es ist durchaus geneigt, diese Verbindung neu zu knüpfen, indem es den Beweis seines guten Willens gegenüber den gerechten Ansprüchen der Bürger der freien Stadt erbringt. Es wünscht seine Haltung mit der allgemeinen Politik der Alliierten in Uebereinstimmung zu bringen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Danzig-polnische Konvention, wie sie der Artikel 104 des Versailler Vertrages vorschreibt, der Ausdruck dieser Tendenzen im Sinne eines Kompromisses sein muß. Jener Vertragsartikel kann, ganz wie die anderen Bestimmungen auch, nicht abgeändert werden. Unsere Delegierten sind mit Vollmachten ausgestattet, die ihnen erlauben, die Verhandlungen zu einem für beide Teile befriedigenden Ende zu führen. Dabei darf jedoch wohl verstanden von unseren durch den Versailler Vertrag garantierten Rechten nichts aufgegeben werden. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt gibt uns allein die Verwaltung des Hafens die Gewähr, daß die Entwicklung Danzigs und seines weiten polnischen Hinterlandes sichergestellt wird. Schließlich kann auch nur die Führung der auswärtigen Angelegenheiten der Freistadt durch Polen es vermeidbar machen, daß sich in Danzig wie bei der letzten bolschewistischen Invasion ein Zentrum für gewisse fremde Elemente herausbildet, die feindliche Absichten gegen Polen im Sinne tragen.

Deutsches Reich.

Die Stadt Berlin kreditunfähig. Der „Berl. Lok.-Anz." behauptet: Die Nachprüfung der Kreditfähigkeit der Stadt Berlin im Zusammenhang mit einem für heutige Verhältnisse nicht allzu hohen Millionendarlehen, dessen Bewilligung die Stadt bei einem besonders leistungsfähigen Finanzkonzern nachgesucht hatte, hat den damit beauftragten hervorragenden Sachverständigen zu dem Ergebnis kommen lassen, die Kreditfähigkeit Berlins in Rücksicht auf seine neuerliche Verwaltungspraxis überhaupt und grundsätzlich in Abrede zu stellen.

Besprechungen des Reichsverkehrsministers mit den Eisenbahndirektionspräsidenten. Der Reichsverkehrsminister hatte die Präsidenten sämtlicher deutscher Eisenbahndirektionen nach Goslar berufen, um mit ihnen die wichtigsten Fragen aus allen Dienstzweigen zu erörtern. Neben Gegenständen aus dem Gebiete des Personalwesens, des Betriebs und Verkehrs (Kohlen-, Kartoffeln- und Rübenbeförderung) wurde namentlich die Finanz- und Wirtschaftslage besprochen. Dabei wurden auch die Vorschläge berührt, die der bestehenden Not durch organisatorische Maßnahmen abhelfen wollen. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß wegen der mit jeder Organisationsänderung verbundenen Störungen dieser Weg erst dann eingeschlagen werden könne, wenn sich der Eisenbahnapparat innerlich weiter gekräftigt habe.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichsrates genehmigte den Antrag der amerikanischen National-Registrierkassen-Gesellschaft auf Einfuhr von zur Herstellung von Registrierkassen geeigneten Präzisionswerkzeugen aus Amerika. Die Genehmigung war der Firma von der Außenhandelsstelle bisher verweigert worden. In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten gegen die Bewilligung der Einfuhr Einspruch erhoben unter Hinweis auf die deutsche Industrie, die selbst schon mit der Herstellung von Registrierkassen begonnen habe, so z. B. die Firma Krupp und die Ankerwerke in Bielefeld. Der Vertreter der amerikanischen Gesellschaft erklärte jedoch, daß die deutsche Industrie eine Konkurrenz von der Fabrikation der amerikanischen Gesellschaft nicht zu erwarten habe, da die Registrierkassen seiner Gesellschaft in allen Teilen aus deutschen Rohstoffen, mit deutschen Maschinen und mit deutschen Arbeitskräften hergestellt, und daß nur die erwähnten Werkzeuge zur Fabrikation hierher gebracht werden sollten. Der Ausschuß stellte ausdrücklich fest, daß die Einfuhrgenehmigung nur für diesen einen Fall erteilt sei ohne damit eine generelle Entscheidung für etwa ähnliche Fälle treffen zu wollen.

Reform des Strafrechts. Auf eine beschleunigte Reform des Strafrechts drängt eine kleine Anfrage, die Frau Dr. Lüders im Reichstag eingebracht hat. Sie lautet: Auf verschiedenen Gebieten des Strafrechts ist eine zeitweilige Umgestaltung der geltenden Bestimmungen dringend notwendig und müßte unter Umständen durch Einzelgesetzgebung erfolgen. Um jedoch das Mißliche einer Novellengesetzgebung zu vermeiden, empfiehlt sich die beschleunigte Vornahme der seit längerer Zeit vorbereiteten Gesamtreform des Strafrechts. Die Reichsregierung wird deshalb um Auskunft ersucht: 1. Wann die Veröffentlichung des Entwurfs zu einem neuen Strafgesetzbuch zu erwarten ist? 2. Wie die weitere Behandlung der Gesamtreform des Strafrechts nach der Vorlage des Entwurfs gedacht ist?

Auslands-Rundschau.

Die Einfuhr deutscher Farbstoffe nach England. Auf Anfrage im Unterhaus gab der parlamentarische Staatssekretär des Board of Trade nähere Ziffern über die deutsche Farbstoffeinfuhr bekannt. Danach betrug die Gesamtmenge der von Deutschland nach England gelangten synthetischen Farbstoffe in den ersten neun Monaten dieses Jahres 1574 Tonnen im Werte von 1 399 027 Pfund Sterling. Davon kamen 877 Tonnen auf Rechnung der Wiedergutmachungsbestimmungen des Friedensvertrages. Andere Chemikalien als Farbstoffe sind von Deutschland im Wege der Wiedergutmachung nach England bisher nicht geliefert worden.

Lenin läßt sich in Stein meißeln. Die bekannte englische Porträtbildhauerin Clara Sheridan, die sich durch Büsten der Mrs. Asquith und zahlreicher anderer Damen der Londoner Gesellschaft einen Namen gemacht hat, hat von Kamenew während seines Londoner Aufenthalts die Einladung erhalten, nach Moskau zu kommen und dort eine Porträtbüste Lenins zu schaffen. Mrs. Sheridan ist der Einladung gefolgt und arbeitet in Moskau an der Fertigstellung der Lenin-Büste.

Halle und Umgebung.

Halle, den 27. Oktober 1920.

Deutsche Fachschulen.

VI.

Fachschulen für das Baugewerbe.

Die Baufachabteilungen an den Technischen Hochschulen gewähren die höchste Fachausbildung und sollen deshalb, wenngleich sie keine eigentlichen Fachschulen sind, auch hier erwähnt werden. Man unterscheidet an den Hochschulen eine Abteilung für Architektur und eine solche für Bau-Ingenieurwesen mit Einschluß der Feldmesskunst. Das Hochschulstudium berechtigt nach Ablegung der vorgeschriebenen Prüfungen (Diplom- und Staatsprüfung) zu den höheren Baubeamtenstellen im Staats- und Kommunaldienst. Für die Zulassung zur Diplomprüfung ist der Besitz des Reifezeugnisses einer höheren Lehranstalt und der Nachweis eines mindestens vierjährigen Studiums an Technischen Hochschulen des Deutschen Reiches erforderlich. — An verschiedenen Hochschulen, z. B. in Charlottenburg und Dresden, bestehen seit einigen Jahren Städtebauseminare, an denen auch über Siedlungs- und Wohnungswesen Vorlesungen mit Uebungen stattfinden. Die Teilnahme daran steht außer den Studierenden, Hörern und Gästen auch Fachmännern der Praxis offen.

Von größerem Interesse für die Allgemeinheit dürften die mittleren Fachschulen des Baugewerbes sein, die Baugewerks- oder Bauschulen, wie sie in einigen Staaten heißen. Wir finden solche in zahlreichen Orten, u. a. in Leipzig, Zerbst, Erfurt, Weimar, Gotha, Chemnitz, Glauchau. Ueberall bestehen zwei Abteilungen, eine für Hoch- und eine für Tiefbau. Die Bauschule in Zerbst hat außerdem eine Abteilung für Steinmetztechnik eingerichtet. Jede Abteilung umfaßt fünf Lehrgänge von je einhalbjähriger Dauer. Die Baugewerkschulen wollen Maurer, Zimmerer und

Der ärmste Mann in Deutschland.

Von

Hans Ratonek.

(Nachdruck verboten.)

Ich bin ihm begegnet. An einem blauen Sommertag war's — Ferienzeit. Wir wanderten die Straße nach Kufstein entlang. Die Alpenkette schimmerte wie Opal.

Jetzt, da der Herbstwind die letzten Blätter von den Bäumen zaust, kehrt mir das Sommerbild zurück: Am Straßenrand, draußen vor dem Dorfe eine verfallene — Hütte? nein: ein im Stich gelassener Schuppen von solch erbärmlichem Zustand, daß der Bauer, dem die Baracke gehörte, nicht einmal einen Stoß Holz darunterstellen mochte. Dort, wo man sich die Tür dieser Behausung zu denken hatte, saß ein alter Mann, der wie ein verwahrloster Apostelgreis aussah, auf einem Holzblock vor einer Staffelei und versuchte, die opalene Alpenkette mit den alterszitternden Händen auf einen Fetzen Leinwand zu bannen.

Der alte Mann mit dem bis an den Gürtel reichenden Bart war Hirtenbub eines Bauern. In der Hand eine Palette, neben sich im Gras ein paar fast geleerte Farbentuben. So fand ich ihn. Welches Schicksal hatte dieses Spitzweg-Bild in die blühende Sommernatur hineingestellt?

„Die Perspektive frieg' ich noch nicht so recht heraus", sagte der Greis und setzte mit seinem unmöglichen Pinsel einen unmöglichen Farbenkleck in die Bergwelt, den er musternd betrachtete.

Die Tatsachen, die ich von ihm erfuhr, seien ganz schmucklos registriert: Er war Oesterreichisch-Schlesier und nach bunten Wanderfahrten in diesem südlichen Zipfel Bayerns gelandet. Seit Jahrzehnten lebte er hier als Knecht und Hirt. Als er alt, krumm und arbeitsunfähig wurde, versuchte die Ortsgemeinde, in der Furcht, einen unwillkommenen Altersplegling aufgehalst zu bekommen, den zugewanderten Alten loszuwerden. Er wurde abgeschoben, mehr als einmal, aber es dauerte nie lange, war er wieder da, zurückbefördert laut Beschluß der Nachbargemeinde oder von der Hand des Grenzgendarmen. Denn erstens besaß der Alte nicht das kleinste Schnippchen eines gestempelten Papiers (und ohne dieses kommt man heutzutage nicht weit durch die Welt) und zweitens war er kein Bayer und drittens, selbst wenn er Papiere besessen hätte — sie hätten ihm bei einem bayerischen Ortsvorsteher wenig genützt; denn was ist Oesterreichisch-Schlesien? Polen oder Tschecho-Slowakei? Das weiß mancher Mann im ehemaligen Oesterreichisch-Schlesien selber nicht — wie sollte es da ein Gemeindevorstand in Fischbachau wissen?

Eine Fliege, ein Wurm hat Heimat und Heimatrecht. Aber ein Mensch kann heimatlos sein, ohne Raum in der weiten Welt, hin- und hergeworfen, lästig, überzählig, wie keine Kreatur auf Erden.

Da der Alte das letzte Jahrzehnt in der Gemeinde gelebt hatte, blieb ihr nichts anderes übrig, als ihn weiter in ihren Gemarken zu dulden; denn es gab keine Möglichkeit, den gebrechlichen Greis loszuwerden.

Armenpflege? Nein. Denn er war Ausländer. Wie kommt eine Gemeinde (die Sonntags in Christi Namen lebt) dazu? Laut Ortsbeschluß wurde ihm die Beaufsichtigung weidenden Viehes übertragen.

Dafür bekam er 200 Mk. im Jahr. Im Jahr 200 Mk. 200 in zwölf Monaten. In zwölf Monaten 200 „Schein"-Einheiten der bayerischen Notenpresse. 200 Mark, sonst nichts.

Holz, doch noch etwas. Den verfallenen Holzschuppen voll Löcher und Risse bekam er als Wohnung angewiesen.

Der Alte erlaubte mir, das Innere dieses besseren Kaninchenstalles zu betreten. Ich prallte zurück. Ein dunkles Loch ohne Fenster. Nur Risse im Dach, nur Löcher in der Wand. Hier stand etwas. Was war das? Ein Bett? Ein Bett. Ich verzichtete auf die naturalistische Analyse des Begriffs: Bett. Graue Fetzen. Moos. Ich bar ihn die Inventur aufnehmen zu dürfen: sie ergab: eine zerrissene Bibel, einen Band des Menerschen Konversationslexikons, Band Rüböl bis Sodawasser, ein Lehrbuch der Astronomie, die schon erwähnte Palette, drei alte, fast geleerte Oelfarbtuben und einen ausgefaserten Pinsel. Das war alles.

Im Sommer mochte es gehen. Aber wenn der lange, strenge Alpenwinter kam, dann wurde es schlimm. Kein Ofen, kein Licht. Und die Winde pfiffen eisig durch die Risse im Dach, durch die Löcher in der Wand. Davor graute dem Alten, während er mir dies erzählte, schon damals, mitten in der guten, warmen Sommerlandschaft. Den ganzen Tag im Bett — Bett! — und die Angst, daß man am nächsten Morgen erfroren ist. Und nicht wolen können, das ist das Allerschlimmste. Was er sich wünscht? Eine Hütte, wo er als Einsiedler seine Tage beschließen könne, einen Ofen, eine Lampe, Farben und Pinsel, und eine Brille für die schwachen Augen . . . Ja, eine Brille hätte er gar zu gern . . . Aber der Winter . . . ja, die fürchterlich langen Nächte . . . er glaubt nicht, daß er in diesem Jahre darüber weghommt.

Ich glaube es auch nicht. Armer alter Menschenspatz. Jetzt sausen die Stürme los: der erste Schnee wirbelt auf dein Bett. Drinnen im Dorf sitzen sie warm um den großen Kachelofen. Für dich ist nirgends Raum. Du wirst den süßen Alpenfrühling nicht wieder sehen. Sie werden dich in diesem Winter verscharren. Sie warten ja nur darauf, um dich los zu sein . . . verwehtes Blatt vom Menschenbaum im All.

Ein Pessimist.

(Gespräch zweier Freunde.)

Von

Gustav Hochstetter.

(Nachdruck verboten.)

„Man sollte aus allen Vereinen austreten!" sagte Eduard nachdenklich.

„Warum?" fragte ich ihn.

Nachdenklich — das war er in der letzten Zeit immer; denn er hatte viel Verdruß zu Hause — beharrte er: „Ja, man sollte aus allen Vereinen austreten, deren Mitglied man ist. Was hat man der Mitgliedschaft? Erstens, daß man ständig zahlen muß. Zweitens, daß man fortwährend zu einer Geselligkeit aufgefordert wird, die keine ist. Drittens: Streitereien, Plackereien, Umständlichkeiten. Ich sage dir, man sollte aus allen Vereinen, denen man angehört, sofort ein für allemal austreten."

Hier schwieg er.

Und erst nach einer längeren Pause fuhr er nachdenklich fort:

„Die Ehe ist auch ein Verein."

Otto Lohses Oper „Prinz wider Willen" hat nach den letzten glänzenden Aufführungen im Leipziger und Baseler Stadttheater jetzt im Kieler Stadttheater neue große Erfolge erzielt und außergewöhnlichen Beifall gefunden. Die nächsten Aufführungen finden im Danziger Stadttheater statt.

Die deutschen Kliniken schließen feindliche Ausländer aus. Die neugegründete Akademische Fachgemeinschaft deutscher Oto-Laryngologen hat aus Gründen nationalen Ehrgefühls und persönlicher Selbstachtung beschlossen, daß die deutschen Hals-, Nasen- und Ohrenkliniken den Aerzten und Studierenden derjenigen feindlichen Länder, deren wissenschaftliche Gesellschaften und Hochschullehrer die Vertreter deutscher Medizin boykottieren, für die Dauer dieser Verrufserklärung grundsätzlich verschlossen bleiben.

Erich Schmidts Nachfolger. Die Versetzung des Germanisten ord. Professors Dr. Julius Petersen zu Frankfurt a. M. in gleicher Eigenschaft an die Universität Berlin als Nachfolger Erich Schmidts ist, wie wir hören, erfolgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201027011/fragment/page=0002

Steinmetzen soweit ausbilden, daß sie als Baugewerkmeister oder Bauunternehmer ihren Beruf selbständig ausüben können, ferner hoch- und tiefbautechnische Hilfskräfte für das Büro und den Bauplatz heranbilden und schließlich junge Leute mit einer höheren Allgemeinbildung (Obersekundareife) zu den mittleren technischen Beamtenlaufbahnen bei den Regierungs-, Eisenbahn-, Gemeindebehörden usw. vorbereiten. Die Aufnahmebedingungen sind: Vollendung des 16. Lebensjahres, gute Volksschulbildung, die in der Regel durch eine Aufnahmeprüfung nachzuweisen ist, und eine vorherige zwölfmonatige Tätigkeit als Maurer oder Zimmerer. Zur Ausbildung im Tiefbau werden außerdem zugelassen junge Leute, die die Lehrzeit als Steinsetzer durchgemacht oder vier Jahre bei der Eisenbahntruppe, den Pionieren oder der Artillerie gedient haben oder zwei Jahre als Gehilfen bei der Katasterverwaltung, im Wasser-, Straßen-, Eisenbahnbau usw. tätig waren. Auch Schlosser und Mechaniker können in die Tiefbauabteilung aufgenommen werden, wenn sie eine vierjährige Berufspraxis hinter sich haben.

An der Handwerkerschule unserer Stadt gibt es eine Baugewerbeabteilung mit drei halbjährigen Lehrgängen, für die dieselben Aufnahmebedingungen gelten wie für die staatlichen Baugewerkschulen. Der erfolgreiche Besuch dieser Abteilung berechtigt zum Eintritt in die zweite Klasse jeder Baugewerkschule ohne Prüfung.

Eine Sonderstellung nimmt das staatliche Bauhaus in Weimar ein, das aus der ehemaligen Hochschule für bildende Kunst und der Kunstgewerbeschule daselbst hervorgegangen ist. Sein Ziel ist eine möglichst innige Vereinigung von Baukunst, Bildhauerei, Malerei, Kunstgewerbe und Handwerk, das Einheitskunsthandwerk, in dem es keine Grenzen gibt zwischen monumentaler und dekorativer Kunst. Es will Architekten, Bildhauer und Maler aller Grade, je nach ihren Fähigkeiten, zu tüchtigen Handwerkern oder selbständig schaffenden Künstlern erziehen. Das Bauhaus legt weniger Wert auf die technische als vielmehr auf die künstlerische Ausbildung, auf eine ästhetische Gestaltung von Rohbau, Ausbau, Einrichtung und Ausschmückung. Aufgenommen wird jede unbescholtene Person ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, deren Vorbildung vom Meisterrat des Bauhauses als ausreichend erachtet wird. Dazu haben Bewerber selbstgefertigte Zeichnungen, Bilder, Entwürfe, Modelle und dergl., einen selbstgeschriebenen Lebenslauf und ein polizeiliches Führungszeugnis einzusenden. Das Schulgeld beträgt jährlich 180 Mark. Die Ausbildungszeit ist nicht genau begrenzt.

In Glauchau (Sa.) finden wir die Deutsche Dachdeckerschule, eine städtische Lehranstalt, die vom Zentralverband deutscher Dachdeckermeister als einzige Verbandsfachschule anerkannt worden ist und den Zweck hat, junge Leute allgemein und fachlich sowohl zur selbständigen Ausübung des Dach- und Schieferdeckergewerbes, als auch zur Uebernahme von Stellen als Geschäftsführer und dergl. vorzubilden. Der Unterricht gliedert sich in zwei Halbjahrskurse, für die zusammen das Schulgeld 400 Mark beträgt. Zur Aufnahme ist eine abgeschlossene Volksschulbildung, Vollendung des 15. Lebensjahres und eine halbjährige Tätigkeit im Dachdeckergewerbe notwendig.

Als eine Lehranstalt des Tiefbaufaches sei noch die Wegebauschule in Siegen erwähnt. Ihre Schüler finden nach bestandener Entlassungsprüfung als Straßenmeister Verwendung im Staatsdienst, im Kommunaldienst und in sonstigen ihrer Ausbildung entsprechenden Stellen. Vorbedingung für die Aufnahmeprüfung ist Vollendung des 18. Lebensjahres und der Nachweis, daß der Bewerber wenigstens ein Jahr im Wegebau oder in einem Bauhandwerk praktisch tätig war. Die Ausbildung dauert neun Monate. An Schulgeld sind 160 Mark zu entrichten; für Lernmittel belaufen sich die Ausgaben auf rund 500 Mark. —

Die Dienststunden der Abteilung für Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung im städt. Arbeitsamt, Salzgrafenstr. 2, die über alle einschlägigen Fragen kostenlos Auskunft gibt, sind jetzt täglich von 8—1 und von 3—6 Uhr.

Hallischer Lehrerverein.

Eine Entschließung zur Wahl des neuen Stadtschulrats.

In der jüngsten Sitzung erstatteten die Herren Messel und Schramm Bericht über die Vertreterversammlung zu Aschersleben. Zu der bevorstehenden Stadtschulratswahl wurde nach eingehender Besprechung folgende Entschließung angenommen:

„Der Hall. Lehrerverein spricht die Hoffnung aus, daß die Wahl des neuen Stadtschulrats nur nach pädagogischen Rücksichten erfolgt. Er bittet die Stadtverordnetenversammlung, einen fachmännisch gebildeten Schulmann zu wählen, der unser gesamtes Schulwesen im Sinn der Einheitsschule umgestaltet, der vor allem im Volksschuldienst gestanden hat und die Förderung und Hebung der Volksschule als seine vornehmste Aufgabe ansieht. Er erwartet, daß jeder Bewerber, der diesen Anforderungen nicht entspricht, von vornherein bei der Auswahl der Anwärter ausgeschieden wird."

Im Anschluß an ein Referat des Herrn Pohley erfolgte eine Aussprache über die Dienstanweisung für Rektoren. — Der Herr Vorsitzende wies auf den am 2. November stattfindenden Vortrag des Herrn Professors Gunkel (Die Religion der Propheten) hin.

Am 25. Oktober feierte der Verein die Jubilare, die in der Zeit von 1914 bis 1920 ihr 25., 40. oder 50. Amtsjahr zurückgelegt haben. Herr Kollege Müller wünschte ihnen in der Festrede weitere Freude in Beruf und Haus. Der Lehrer-Gesangverein und eine Gruppe Turnlehrerinnen trugen zum schönen Gelingen des Festes bei.

Die Frauengruppe der Deutsch-Demokratischen Partei

veranstaltete unlängst im „Schultheiß" eine Besprechung des Gesetzentwurfs zur Verbesserung des Hebammenwesens. Herr Geheimrat Professor Dr. Abderhalden hatte das Referat übernommen und sprach in der bekannten klaren und sachlichen Weise über das Thema, das für die Allgemeinheit von so großer Bedeutung ist und alle Kreise unseres Volkes interessieren sollte.

Eine gesunde Bevölkerungspolitik verlangt gebieterisch den größten Schutz des Kindes und damit die Verbesserung unseres gesamten Hebammenwesens. Einmal ist die Ausbildung der Hebammen nicht genügend, dann auch ist ihre Stellung weder sozial noch wirtschaftlich die, die ihr nach der Bedeutung und Wichtigkeit ihres Berufs zukommt. Gesetzliche Regelung dieser ganzen Frage ist darum dringend nötig. Sozialisierung der Hebammen muß gefordert werden — sowohl von seiten des Publikums wie von seiten der Hebammen aus. Die Hauptpunkte des vorliegenden Gesetzentwurfes sind folgende: Die Hebamme erhält Beamteneigenschaft, d. h. Staatsanstellung mit genügender Bezahlung und ausreichendem Ruhegehalt. Sie hat deshalb keine Gebühren mehr zu fordern, darf auch keinen Nebenberuf mehr ausüben. Der Staat übernimmt die Ausbildung der Hebammen in Hebammenlehranstalten und erhebt als Entgelt Gebühren für geleistete Hebammendienste nach einer bestimmten Gebührenordnung. Krankenkassen haben einen festzusetzenden Pauschbeitrag zu entrichten. Um im ganzen Lande eine gleichmäßige Verteilung der Hebammen zu erreichen, haben die Kreise ihr Gebiet in Bezirke zu teilen nach der Bevölkerungsdichtigkeit. Auf jeden Bezirk kommen zwei Hebammen. Die Bezirkshebamme muß im Bezirk wohnen und darf nur in besonderen Fällen ihre Tätigkeit außerhalb des Bezirks ausüben. Jede Provinz muß eine Provinzialhebammenstelle einrichten, der außer dem Landesdirektor und zwei Aerzten zwei Hebammen und zwei Mütter angehören. Diese Provinzialstelle entscheidet in allen wichtigen Fragen des Hebammenwesens der Provinz. Den Hebammen, die vor Inkrafttreten des Gesetzes das Prüfungszeugnis erwarben, ist noch fünf Jahre freie Ausübung ihres Berufes gestattet, sie sind auch bei Besetzung der Bezirkshebammenstellen in erster Linie zu berücksichtigen.

Dies die Hauptpunkte des Gesetzes. Es schafft klare, sichere ökonomische Verhältnisse für die Hebammen und eine soziale Stellung, die der Bedeutung des Berufes angemessen ist. Mit dem Standesinteresse der Hebammen deckt sich in diesem Falle aber auch das Staatsinteresse. Trotzdem bedeutet das Gesetz einen Eingriff in die individuelle Freiheit des Staatsbürgers oder vielmehr der Staatsbürgerin: sie kann in Zukunft nur zwischen zwei Bezirkshebammen wählen. Auch der Beruf selbst ist nicht mehr frei wählbar, denn die Ausbildung erfolgt nur nach Bedarf und bei starker Auslese von körperlich und geistig tüchtigen Persönlichkeiten. Abgeschlossene Schulbildung muß verlangt werden, doch keine sogenannte „höhere" Bildung.

Die Ausführungen des Redners fanden reichen Beifall und ein reger Meinungsaustausch setzte ein zwischen den erschienenen Hebammen und Müttern. Dem Gesetzentwurf an und für sich wurde zugestimmt, Bedenken erregten nur die zwei Bezirkshebammen, unter denen in Zukunft jede Mutter zu wählen hat. Gern aber wurde anerkannt, daß es dringende Pflicht des Staates ist, diesen wichtigen Beruf zu schützen und der Hebamme, die besser Geburtshelferin heißen sollte, eine würdige Stellung zu schaffen. Der Beruf selbst muß ein erstrebenswerter werden. Dieser Ausspracheabend der Demokratischen Frauengruppe war nicht nur anregend, sondern auch sehr dankenswert. Es ist notwendiger und nutzbringender, Gesetzentwürfe zu besprechen und sich bei ihrer Abfassung selbst zu beteiligen, als fertige Gesetze, um deren Ausarbeitung man sich nicht bekümmerte, zu kritisieren. Demokratisch und damit in Wahrheit völkisch und vaterländisch denkende Frauen sollten sich auch darin jederzeit ihrer Staatsbürgerpflicht bewußt sein!

K. O.

Rentenzahlung bei der Post. Die Zahlung der Militär-Versorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen im Saale der Weißbierhallen — Bernburger Straße, Ecke Mühlweg — in nachstehender Weise statt: a) Für Militärrenten: am 29. Oktober für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1—15 000, am 30. Oktober für die Inhaber der Stammkarten Nr. 15 001 bis Schluß. b) Für Invaliden- und Unfallrenten: am 1. November für die Inhaber der Stammkarten Nr. 1—3800, am 2. November für die Inhaber der Stammkarten Nr. 3801 bis Schluß. Für diejenigen Empfänger von Militär-Versorgungsgebührnissen, welche die Zustellung der Beträge ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Besteller am 29. und 30. Oktober.

Familien-Nachrichten

Geboren: Betriebsingenieur Bernhard Schulten (T.), Teutschenthal. Ratsassessor Dr. Koenig (S.), Gera.

Verlobte: Ella Lutze, Zöberitz — Landwirt Richard Dietrich, Kütten. Elsa Wantzlöben, Halle — Kurt Marggraff-Göllnitz, Breslau. Frieda Beloch — Kurt Zöllner, Halle. Charlotte Schade — Hermann Lehmer, Diemitz bei Halle. Martel Förste — Gerhard Lange, Halle.

Vermählte: Bruno Höppner — Hedwig Panier, Radewell. Max Hilpert, Halle — Lina Göngel, Ostrau.

Gestorben: Albert Bach, 73 J., Halle. Rentier Julius Schmudler, 80 J., Halle. Witwe Auguste Rößler geb. Thielemann, Halle. Auguste Henze geb. Ernst, 63 J., Halle. Sophie Bieler geb. Sielke, 71 J., Halle. Eleonore Liebrecht geb. Heier, 70 J., Halle. Regina Stier, Halle. Betriebsratsvorsitzender August Schimpf, Halle.

Provinzial-Nachrichten.

Lochau, 26. Oktober. (Wasserkalamität.) Sonst zeichnete sich unser Ort von jeher durch das Vorhandensein reichlichen und guten Trinkwassers aus. Schon länger aber macht sich im Westen und Norden des Ortes in den Brunnenanlagen ein Schwinden der Wassermengen bemerkbar und sogar ein mehrfaches Tieferlegen der Brunnensohle hat ein Versiegen nicht verhindern können. Der inmitten des Dorfes gelegene Gemeindebrunnen, der früher unerschöpflich galt, führt zwar noch Wasser, aber auch hier beginnen sich Mängel einzustellen. Offenbar hängen diese Wasserverluste mit den Grubenanlagen in der Nähe in Verbindung, indem hierdurch die unterirdischen Wasseradern abgeschnitten werden. Es ist daher dringend erforderlich, bei dem stetigen Vorwärtsschreiten der Grubenanlagen nach Osten diese Wasserkalamität zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, daß der Ort nicht eines schönen Tages ohne gutes Trinkwasser ist. Leider ist aber bis jetzt trotz der Beschwerden der betroffenen Haushaltungsvorstände noch nichts Genügendes geschehen.

Weißenfels, 26. Oktober. (Die Kleinsiedlungsgesellschaft Weißenfels-Zeitz) G. m. b. H. erbaut 25 Häuser in Nonnewitz, 24 Häuser in Trebnitz, 17 Häuser in Profen, 12 Häuser in Deuben, 5 Häuser in Kreischau, 5 Häuser in Göthewitz und 3 Häuser in Rödewitz.

Merseburg, 26. Oktober. (Städtische Steuern.) Der Magistrat schlägt vor, um den sich im Haushaltsplan ergebenden Fehlbetrag von 1 994 000 Mark zu beseitigen, für das Jahr 1920 an Realsteuern zu erheben: 900 Prozent Zuschläge zur Gewerbesteuer, 806 Prozent zur Grund- und Gebäudesteuer nach 9‰ des gemeinen Werts, 200 Prozent Zuschlag zur Betriebssteuer.

Aue bei Molau, 26. Oktober. (Zu verschenken,) sollte man meinen, gäbe es in der jetzigen teuren Zeit nichts mehr. Aus unserm Orte ist aber im Camburger Tageblatt nachfolgende Anzeige zu lesen: „1 Aktie der Zuckerfabrik und 50 Stück Zigarren verschenkt Gutsbesitzer Thierolf in Aue."

Schkeuditz, 26. Oktober. (Die Stadtverordneten) werden sich in ihrer geschlossenen Sitzung am Donnerstag abend mit einer Vorlage beschäftigen, die ein Pensionierungsgesuch des Herrn Bürgermeisters Schmidt zum 1. Januar 1921 betrifft.

Ilsenburg, 26. Okt. (Durch die Berliner Kriminalpolizei) sind hier, wie wir schon kurz meldeten, zwei Brüder Georg und Kurt Henkel aus Steglitz und Zittau und die in Sachsen gebürtige Witwe eines griechischen Offiziers verhaftet worden. Georg Henkel hatte im vergangenen Jahre bei einer Berliner Großbank Effekten im Werte von 133 000 Mark aus einem Depot gestohlen. Später unterschlug er in einer Frankfurter Bank 30 000 Mk., endlich im September d. J. setzte er sich bei einem Bankhause in Siegen in den Besitz von 130 000 Mark. Er bediente sich falscher Namen und es gelang ihm jedesmal nach vollbrachter Tat, spurlos zu verschwinden. Mit dem gestohlenen Geld unternahmen die drei Verhafteten verschiedenartige Schiebergeschäfte.

Altenweddingen, 26. Oktober. (Zu dem Mord an dem Gutsbesitzer Wietzer) hört man, daß einer der als verdächtig Verhafteten sich im Amtsgericht Wanzleben erhängt haben soll.

Ackendorf (Kreis Neuhaldensleben), 26. Oktober. (Ein Einbrecher) drang in die Wohnung der Witwe Hiensch ein, als diese im Keller beschäftigt war. Der Tochter hielt er einen Revolver vor, so daß sie in Krämpfe verfiel, und durchsuchte dann die Wohnung. Unter Mitnahme von 4000 Mark barem Gelde verschwand der Räuber auf seinem Fahrrade unerkannt.

Vermischtes.

Der Brandstifter im Filmviertel verhaftet. Wegen dringenden Verdachts, den Brand, der am letzten Dienstag abend in den Räumen des Filmverlags Bengen in Berlin ausbrach, angelegt zu haben, wurde der 30 Jahre alte Buchhalter Groß, der bei der Filmfirma seit mehreren Jahren einen Vertrauensposten bekleidet, verhaftet. Er gab an, bei Ausbruch des Brandes in seiner Wohnung gewesen zu sein und dort einen Brief geschrieben zu haben. Diesen Brief habe er dann zur Post gegeben. Durch die polizeiliche Ermittlung konnte Groß nachgewiesen werden, daß diese Angaben nicht zutreffen konnten, und so legte er schließlich ein umfassendes Geständnis ab. Groß gibt an, im Laufe der letzten Zeit bei der Firma Bengen etwa 60 000 Mark unterschlagen zu haben. Für die nächsten Tage war von dem Inhaber der Firma eine Revision der Bücher angeordnet worden, und Groß mußte fürchten, daß seine Unterschlagungen entdeckt würden. Aus diesem Grunde reifte in ihm der Gedanke, durch Brandstiftung die Geschäftsbücher zu vernichten. Groß verschaffte sich am Brandtage gegen 7 Uhr Zutritt zu den Räumen der Firma. Hier entnahm er mehrere Filme, legte diese in den im vierten Stock belegenen Büroraum und verband sie durch einen Filmstreifen, den er durch den Aktenaufzug zu der im nächsthöheren Stockwerk gelegenen Filmkammer zog. Von dort legte er einen weiteren Filmstreifen durch das Dachfenster nach dem Dach des Hauses, schloß sämtliche Türen wieder ordnungsgemäß ab und kletterte dann selbst auf das Dach. Hier hat er den Filmstreifen in Brand gesetzt und so das Feuer entfacht.

Mit einem ganz neuen Trick arbeitete ein Paketschwindler, der jetzt von der Berliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht wurde. Viele Leute, die Pakete mit der Bahn erwarteten, wunderten sich, daß nichts eintraf, obwohl sie wußten, daß die Sachen abgesandt worden waren. Das Rätsel ist jetzt gelöst. Es hatte sich stets ein Mittelsmann eingefunden und die Pakete für sich abgenommen. Ein gewisser Kolbe, ein schon wiederholt vorbestrafter Mensch, der sich Reisender oder Schriftsteller nennt, fuhr von Berlin nach den nahen Provinzstädten hinaus und beobachtete dort auf den Bahnhöfen den Paketversand nach der Reichshauptstadt. Er fand dabei Gelegenheit, sich Absender und Empfänger dieser oder jener Stücke zu merken, fuhr in dem Zuge, der die Pakete beförderte, mit nach Berlin, fälschte unterwegs die erforderlichen Schriftstücke, ließ sich dann bei der Ankunft des Zuges daraufhin die Pakete aushändigen und machte sie für seine Tasche zu Geld. Der Ertappte nannte sich, als er jetzt auf dem Anhalter Bahnhof festgenommen wurde, Reisender Albert Tesch, wurde aber vom Erkennungsdienst der Kriminalpolizei bald entlarvt.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Reform im Frachtwesen.

Berlin, 26. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die gelegentlich in der Presse gemachte Mitteilung, daß einzelne Warengattungen bereits am 1. November in bestimmte Frachtzonen eingereiht werden, ist unzutreffend, da der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Tarifreform des Güterverkehrs noch nicht feststeht. Nach Mitteilung von amtlicher Seite ist jedoch jetzt mit dem Inkrafttreten der Reform am 1. Dezbr. zu rechnen. Mit dieser Reform wird zum ersten Male ein Staffel- oder Zonentarif für den Güterverkehr eingeführt werden. Während bisher der Kilometer bei einer Entfernung von 50 oder 5000 Kilometern gleichviel kostete, ist in der Reform eine nicht unwesentliche Erhöhung des Kilometer bei kurzen und eine entsprechende Herabsetzung bei weiteren Entfernungen vorgesehen.

Mehr Grenzschutz nötig.

Berlin, 26. Oktbr. Zu der bereits veröffentlichten Warnung der Regierung vor dem Uebertritt von Ostpreußen nach Litauen erfahren wir von gutunterrichteter Seite: Es besteht kein Zweifel, daß dauernd Abenteurer, teilweise zu größeren Trupps vereint, die Grenze passieren. Ein ausreichender Schutz der langen Grenzlinie ist unmöglich, und so kann es Leuten gelingen, auch größere Mengen von Waffen und Munition über die Grenze zu schaffen. Vom Reichswehrministerium wird erklärt, daß die Reichswehr an diesem gefährlichen Treiben in keiner Weise beteiligt sei. Von anderer Seite wird jedoch behauptet, die Bewachung der vom Reichskommissar Borowsky der ostpreußischen Reichswehr zur Kontrolle übertragenen Waffenlager werde so nachlässig geführt, daß eine starke Verminderung der Waffenbestände bereits eingetreten sei. Von der Reichsregierung wird mitgeteilt, daß die Werbungen in Ostpreußen und Litauen nicht von deutscher Seite ausgingen.

Bombenanschläge in Elberfeld.

Elberfeld, 26. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) In Elberfeld wurde in der Nacht zum Sonntag abermals ein Sprengstoffanschlag, der fünfte innerhalb der kurzen Zeit, verübt. Diesmal brachten die Täter den Sprengstoff in den Eingang zur alten katholischen Kirche am Kolk zur Explosion. Das Mauerwerk wurde an beiden Eingängen stark beschädigt. Auch in der Kirche selbst sind zahlreiche Fensterscheiben zerschlagen. Die Täter entkamen ungesehen.

Ein Ausstand der Schreiner.

Bochum, 26. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) In der rheinisch-westfälischen Holzindustrie droht ein Ausstand der Schreiner. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, die Forderungen der Gehilfen zu erfüllen.

Verschärfte Strafbestimmungen für Schleichhändler

WTB. München, 26. Oktbr. (Drahtnachricht.) Der bayerische Ministerrat hat gestern eine neue Verordnung gegen Wucher und Schleichhandel mit verschärften Strafbestimmungen beschlossen.

England und der Versailler Vertrag.

WTB. Berlin, 26. Okt. (Drahtnachricht.) Die großbritannische Regierung hat in einer Note erklärt, daß sie im Falle vorsätzlicher Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen aus Art. 8 des Friedensvertrages nicht beabsichtige, von dem ihr zustehenden Rechte zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger Gebrauch zu machen.

Die „Times" weisen in einem Leitartikel auf diese wichtige amtliche Bekanntmachung hin und meinen, man könne aus dieser Bekanntmachung schließen, daß die Propaganda zugunsten der Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages ihre Früchte zu tragen beginne.

Generalstreik in Rumänien.

DA. Bukarest, 26. Okt. Am 21. d. M. verkündigte die Allgemeine Gewerkschaftskommission in ganz Rumänien den Generalstreik. Die Regierung antwortete mit der Verhängung des Belagerungszustandes unter Einführung der Zensur für die Presse. Gleichzeitig erließ der Ministerpräsident General Averescu den Befehl zur Militarisierung der Eisenbahner. Mehrere sozialistische Abgeordnete und die hauptsächlichsten Gewerkschaftsführer wurden verhaftet, das Sitzungslokal der Gewerkschaftskommission geschlossen. In Bukarest und in der Provinz herrscht Ruhe. Der Verkehr wird im allgemeinen aufrecht erhalten. Die Zeitungen erscheinen in verkleinertem Format.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201027011/fragment/page=0003

Sport der „Saale-Zeitung".

Die Tabelle der Meisterschaft der 1. Klasse

im Saalegau hat gegenwärtig folgendes Aussehen:

	Gesp.	Gew.	Unentsch.	Verl.	Pkt.	Tore
Olympia	6	5	—	1	10	18: 8
Sportbrüder	5	4	—	1	8	10: 5
Ammendorf	6	4	—	2	8	14: 11
Halle 1910	6	3	2	1	8	16: 11
Hoh.-Msbg.	4	2	2	—	6	9: 2
Komet	6	2	2	2	6	10: 9
Preußen-Msbg.	5	2	1	2	5	8: 8
Eintracht	4	2	—	2	4	13: 9
Spielv. Nietl.	5	—	2	3	2	6: 13
Wacker, Zörbig	5	—	1	4	1	3: 10
Sportv. Halle	6	—	—	6	—	6: 24

Rennen zu Grunewald.

Orient-Rennen (16 000 Mark, 1400 Meter): 1. Landratte (Tarras), 2. Brise, 3. Wachtel. Tot.: Sieg 25, Platz 19. 18. 34: 10. Ferner liefen: Carolus, Wächter, Fee, Georgia, Grundstein, Haubitze, Perseus, Pulva.

Preis von Groß-Strehlitz (27 000 Mark, 1000 Meter): 1. Harfe (Kasper), 2. Rosenfels, 3. Prüfung. Tot.: 30, Platz 16, 35, 17:10. Ferner liefen: Anarchist II, Styr, Humboldt, Birkenreis, Convention, Halbmond, Snob, Münze.

Hoppegartener Ehrenpreis (27 000 Mk., 2000 Meter): 1. Einsiedler (Janeck), 2. Skarabae, 3. Hallunke. Tot.: 14, Platz 11, 15: 10. Ferner liefen: Lorbeer, Peterwardein, Artige.

Vergessenheits-Rennen (16 000 Mk., 1400 Meter): 1. Ordensjäger (Olejnik), 2. Madam, 3. Wasserschlange. Tot.: 42, Platz 16, 23, 21 : 10. Ferner liefen: Abendstern, Tereck, Bannstein, Pan Robert, Danae, Belle.

Preis der Mark (40 000 Mark, 1800 Meter): 1. Herzliebste (Brown), 2. Orne, 3. Romanze. Tot.: 74, Platz 21, 24. 15: 10. Ferner liefen: Bannwart, Armenier, Parther, Ulan II, Helfenroda, Civilist, Konrad, Indling, Menilo, Sperber, Seehausen, Friedensritter, Don Biniou.

Bocfstadt-Rennen (22 000 Mark, 1200 Meter): 1. Parze (Tarras), 2. Die Wolke, 3. Mausi. Tot.: 48, Platz 20, 13 : 10. Ferner liefen: Drachme, Chrysolith, Sarras.

Totalisator-Ausgleich (30 000 Mark, 3200 Meter): 1. Blenheim (Rastenberger), 2. Anemone, Persicus. Tot.: 35, Platz 34, 17, 53 : 10. Ferner liefen: Soldau, Dronning Wilhelmina, Andersen, Revelin, Radom, Marmaros, Roderich, Grotte, Occulta, Siamit, Föhn, Lorissa.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Lohnerhöhung im Steinkohlenbergbau.

Aus Fachkreisen schreibt man uns: „Das Schiedsgericht hat den Bergarbeitern wiederum eine erhebliche Erhöhung ihrer Bezüge zugebilligt, trotzdem im Vergleich zu den in der übrigen Industrie üblichen Arbeitslöhnen der Bergarbeiter als sehr günstig gestellt bezeichnet werden mußte. Die Lasten der Lohnerhöhung ist der Bergbau nicht imstande zu tragen. Das hat das Schiedsgericht anerkannt und in der Begründung seines Spruches ausdrücklich hervorgehoben, obwohl sein Vorsitzender der sozialdemokratische Minister Severing war. Die Ausführung des Schiedsspruches weist darauf hin, daß der Bergarbeiter es selbst in der Hand hat, einen Teil der Kosten zu ersetzen, die durch die Lohnerhöhung entstehen. Wenn der Bergarbeiter sich entschließen würde, seine Ueberschichten von 7 Stunden in der Woche so zu verfahren, daß er jeden Tag 1⅙ Stunden überarbeitet, anstatt wie bisher die Ueberschichten an 2 Tagen mit je 3½ Stunden zu verfahren, so würde dadurch dem Bergbau allein eine Kohlenersparnis von jährlich 1 600 000 Tonnen durch Vereinfachung der Betriebsführung entstehen. Diese 1 600 000 Tonnen bedeuten eine Einnahme von mehr als 200 000 000 Mark, die auf die Mehrkosten der Lohnerhöhung verbucht werden könnten, bedeuten darüber hinaus aber eine Minderung der Arbeitslosigkeit für Arbeiter anderer Betriebe. Es ist weiter nicht zu verkennen, daß, wenn der Bergarbeiter die Ueberstunden nach dem vorgeschlagenen Plane regeln würde, seine Arbeitskraft während der Ueberstunden viel größere Erträge erzielen könnte, denn es ist auch für den Laien einsichtig, daß eine regelmäßige achtstündige Bergarbeit produktiver ist als eine siebenstündige, die zweimal in der Woche durch eine zehneinhalbstündige unterbrochen wird. Auf dem Bergarbeiter liegt jetzt eine schwere Verantwortung, wenn er die Lohnerhöhung hinnimmt, ohne der billigen Forderung des Schiedsgerichts nach Verlegung der Arbeitszeiten zu entsprechen; dann muß das gesamte Volk, denn nach dem Schiedsspruch kann es der Bergbau selbst nicht, diese Lohnerhöhung wiederum mit vielen Milliarden bezahlen, dann wird jede Produktion vom Brot bis zur Maschine wiederum verteuernt — und dann werden viele Tausende von Arbeitern die Besserstellung des Bergarbeiters mit Hungern und Arbeitslosigkeit begleichen müssen. Heute ist eine Gelegenheit gekommen, wo die Bergarbeiter beweisen können, daß sie reif genug sind für eine Sozialisierung des Bergbaues."

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 26. Oktober. Bei Beginn des heutigen Börsenverkehrs überwog das Angebot namentlich am Montanmarkt. Die Kurse stellten sich infolgedessen meist niedriger, doch waren die Rückgänge nur in vereinzelten Fällen erheblicher Art. Harpener setzte 20 Prozent niedriger, Buderus 14, Bochumer 9 Prozent höher ein. Feste Haltung bekundeten auch Farbwerte bei Besserungen von 1 bis 5 Prozent. Von Elektrowerten waren nur Schuckert etwas gebessert. Am Markte für Spezialpapiere begegnete Orenstein u. Koppel reger Kauflust. Auslandswerte gaben meist nach im Zusammenhang mit einer weiteren leichten Ermäßigung der Devisenkurse. Am Anlagemarkt keine Aenderung von Bedeutung.

Devisenkurse.

Berlin 26. Oktober

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute Geld	Heute Brief	Gestern Geld	Gestern Brief
Amsterdam Rotterdam	2122,88	2127,12	2137,85	2142,15
Brüssel-Antwerpen	473,50	474,50	476,00	447,00
Christiania	948, 5	949,95	954,00	956,00
Kopenhagen	956,50	958,50	964,00	966,00
Stockholm	1348,65	1351,35	1358,60	1361,40
Helsingfors	168,30	169,20	164,80	165,20
Italien	261,20	261,80	261,70	262,30
London	241,12	241,62	241,25	241,75
New York	69,30½	69,44½	69,55½	69,69½
Paris	448,55	449,45	450,00	451,00
Schweiz	1095,40	1098,60	1101,35	1103,65
Spanien	973,00	975,00	980,00	982,00
Wien (altes)	21,97	22,03	22,22	22,28
(Deutsch-Oest. abgest.	23,58½	23,62½	23,37	23,33
Prag	83,40	83,70	83,65	83,85
Budapest	16,28	16,27	16,23	16,27
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Produktenbericht.

Berlin, 26. Oktober. Am Produktenmarkt leidet das Geschäft besonders in Futterartikeln unter dem außerordentlichen Mangel an Waggons. Von Hülsenfrüchten waren nur beste Qualitäten befragt. Viktoriaerbsen waren auch in solcher nur schwer verkäuflich. Peluschken und Ackerbohnen waren aus Westpreußen angeboten. Oelsaaten neigten zur Schwäche. Heu blieb fest, Mohn zog im Preise etwas an. Rüben hatten schwache Haltung, nur gelbe Rüben wurden etwas höher notiert. Mais war nachgiebiger, wohl im Zusammenhang mit der leichten Ermäßigung der Devisenkurse. Wetter bedeckt.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 26 Oktober.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiserbsen, Viktoriaerbsen	290—315	290—315
" " kleinere	220—230	220—260
Futtererbsen	170—185	170—185
Linsen	400—480	400—480
Peluschken	170—180	170—180
Ackerbohnen	170—189	170—185
Wicken	150—170	150—175
Lupinen, blaue	80—90	80—90
" gelbe	100—115	100—120
Seradella, alte	70—85	75—90
" neue	100—120	100—120
Vicia villosa	—	—
Raps	490—495	490—505
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	410—430	410—440
Mohn	600—670	660—680
Senfsaat	200—240	200—240
Hirse, inländisch	—	—
Donauhirse	—	—
Trockenschnitzel	77—81	77—81
Torfmelasse	67—69	67—69
Wiesenheu, lose	31—34	30—33
Kleeheu	38—42	38—42
Stroh, drahtgepreßt	24—25,00	23—24,00
" gebündelt	22—23,00	21—23,00
Mais loko Hamburg Bremen	193—194	193—194
" per	186,00	186
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kaiwagg. Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilian. Vollreis per	9,20	9,20
" " per	8,90	8,90
Burmareis, 14 tägig per	10,40	10,40
" per	—	—
Runkelrüben	8,75—9,50	8,75—9,50
Möhren, rote	15—16,00	15—16,00
" gelbe und weiße	14—14,50	14—14,50

Metallnotierungen.

Berlin, 26. Oktober. Preise für 100 Kg. in Mark: Raffinade-Kupfer 98—99proz. 1925—1950. Original-Hüttenweichblei 750—765. Original-Hütten Rohzink im freien Verkehr 890 bis 910. Remelted Plattenzink 580—600. Orig.-Hütten-Aluminium 98—99proz. (in gekerbten Blöckchen) 3400—3500. Orig.-Hütten-Aluminium (in Walzdraht oder Drahtwaren) 3600—3700. Zinn (Banca, Straits, Billiton) 6225—6300. Hüttenzinn (mindestens 99proz.) 6100—6150. Reinnickel (98—99proz.) 4400—4450. Antimon (Regulus) 925—950. Silber in Barren ca. 900 fein für 1 Kg. 1370—1380. Elektrolytkupfer 2472.

Sächsische Waggonfabrik Werdau. Einschließlich eines Vortrages von 44 416 (i. V. 245 720) Mk. ergibt sich eine Einnahme von 10 641 954 (4 828 391) Mk., von der nach Abzug von 2 718 169 (1 292 306) Mk. für Geschäftsunkosten, 4 664 889 (1 531 900) Mk. für Betriebsunkosten und 98 941 (87 770) Mk. für Abschreibungen ein Reingewinn von 3 159 954 (1 219 415) Mk. verbleibt. Neben einer Sonderrücklage von [illegible]00 000 Mk. sowie einer Zuweisung von 700 000 Mk. an den Beamten- und Arbeiter-Hilfskassenfonds (i. V. 50 000 Mk) schlägt die Verwaltung die Verteilung einer Dividende von 25 (25) Prozent auf die Inhaber-Aktien und 8 Proz. auf die Namensaktien vor. Als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben noch 502 454 (44 415) Mk. In dem abgelaufenen Geschäftsjahr waren sämtliche Abteilungen des Werkes gut beschäftigt. Die Erzeugung ging jedoch trotz gesteigerter Arbeiterzahl zurück. Das günstige Ergebnis ist hauptsächlich auf die vorteilhafte Ausnutzung von Valutaschwankungen, Exportgeschäfte, Nachvergütungen für ältere Aufträge und gewinnbringende Abschlüsse in Spezialwagen zurückzuführen. Es war nötig, eine Rückstellung zur Ausgleichung von Verlusten vorzunehmen, die sich infolge der in das neue Jahr herübergenommenen alten Aufträge unter den heutigen Verhältnissen ergeben werden. Der Vorstand hofft, sofern die Gesellschaft von Arbeiterschwierigkeiten verschont bleibt, für die Zukunft auf ein günstiges Ergebnis.

Vogtländische Maschinenfabrik (vorm. J. C. & H. Dietrich), AktGes., in Plauen i. V. Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist der Rohgewinn von 5,68 auf 13,65 Mill. Mark gestiegen. Die Generalunkosten erforderten 4,82 (2,13) Mill. Mark, während für Zinsen 0,70 (0,11) und für Reparaturen 0,49 (0,20) Mill. Mark aufzuwenden waren. Für Abschreibungen wird mit 5,75 (2,32) Mill. Mark erheblich mehr aufgewendet. Unter Berücksichtigung der sonstigen Kosten ergibt sich ein Reingewinn von 2,40 (1,80) Mill. Mark, aus dem, wie bereits gemeldet, 18 Proz. Dividende verteilt werden sollen. (Im Vorjahre 10 Proz. Dividende und 100 Mark Bonus in Kriegsanleihe.) 0,60 (0,53) Mill. Mark werden neu vorgetragen. Von der allgemeinen Krise wurde besonders die Abteilung für Autobau betroffen, wo Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen vorgenommen werden mußten. Bei der allgemeinen Lage und der stark gesunkenen Kaufkraft ist eine Belebung des Geschäftes nur von einem Anziehen des Exportes zu erwarten. Ob und wann dieser Moment eintreten wird, darüber läßt sich zurzeit schwer etwas sagen.

Preisherabsetzung für Beleuchtungskörper. Die Konvention der deutschen Fabrikanten für Beleuchtungskörper beschloß die Herabsetzung des Teuerungszuschlages von 280 auf 200 Proz. bezw. 210 Prozent. Der Sonderaufschlag für Ausführung in Messing wurde auf 50 Proz. festgesetzt.

XX **Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Chromo in Altenburg** schlägt 15 Prozent gegen 10 im Vorjahre vor.

Deutsche Celluloid-Fabrik in Eilenburg. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß, das Grundkapital um 7,5 auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien, die vom 1. November 1919 ab an der Dividende teilnehmen, werden zu pari nebst 6 Prozent Stückzinsen vom 1. November 1919 ab übernommen. Wie bekannt, befindet sich das gesamte Kapital im Besitz der Köln-Rottweiler Pulverfabriken A.-G.

Aus der Kleiderstoffbranche wird der „Leipz. Wochenschrift für Textil-Industrie" berichtet: Der monatelange geschäftliche Stillstand hat endlich einer stärkeren Belebung Platz gemacht, so daß jetzt die Aussichten über die Gestaltung und Entwicklung des Geschäfts eine günstigere Beurteilung gestatten. So einfach, als es nach außen hin aussieht, hat sich diese Wandlung allerdings nicht vollzogen, und es hat seitens der beteiligten Kreise von Fabrikanten nicht nur sehr bedeutender Opfer bedurft, um zu einer etwas niedrigeren Preisbasis zu gelangen, sondern es werden in dieser Hinsicht auch noch täglich große Opfer gebracht. Denn die Mengen zu teueren Preisen gekaufter Rohstoffe und vor allem auch fertiger Ware sind sehr erheblich, und noch erheblicher sind die Einbußen, die damit jetzt in Kauf zu nehmen sind. Schließlich ist es auch für gut fundierte Firmen keine Kleinigkeit, wenn, um ein Beispiel von vielen herauszugreifen, für gute, solide, wenn auch nicht gerade moderne Ware, die sich im März auf 200 Mark im Einkauf stellte, heute mit Mühe und Not ein Drittel des Wertes zu erzielen ist. Wenn auch nicht alle Fälle so kraß liegen, so sind doch Einbußen bis zu 40 und 50 Prozent des Einkaufswertes sehr häufig und fallen, zumal bei teurer Ware, sehr ins Gewicht. Auf der anderen Seite ist der bis jetzt zu verzeichnende Abbau der Preise nur allerseits zu begrüßen, nicht nur von seiten des kaufenden Publikums, sondern auch seitens der beteiligten Kreise selbst, denn nur stabile, normale Preisverhältnisse gewährleisten letzten Endes die Möglichkeit einer soliden, zuverlässigen geschäftlichen Tätigkeit, während Zeiten wie die ersten 3 Monate dieses Jahres mit ihrem ganz ausgesprochen spekulativen Charakter neben großen Gewinnchancen fast ebenso große, wenn nicht noch größere Verlustmöglichkeiten in sich tragen.

Vereinigte Strohstoffabriken in Dresden. Die Gesellschaft, die bekanntlich eine Verdoppelung ihres Aktienkapitals plant, hat bisher im laufenden Jahre sehr günstig gearbeitet. Es waren allerdings Kohlenschwierigkeiten zu überwinden. Auch ist nicht zu vergessen, daß eine der Fabriken im besetzten Gebiet liegt und damit in der Gewalt der Franzosen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Dividende erhöht wird. Im Vorjahre wurden 15 Proz. verteilt. Zurzeit läßt sich jedoch darüber noch kein abschließendes Urteil abgeben. Die Aktien der Gesellschaft sind in den letzten Wochen um reichlich 100 Prozent gestiegen.

Der Verband deutscher Linoleumhändler, e. V., hat vor kurzem in Eisenach seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung abgehalten. Aus dem vorgetragenen Geschäftsbericht ging hervor, daß der Verband während der letzten anderthalb Jahre ein beträchtliches Wachstum zu verzeichnen hat: er umfaßt 18 Bezirksvereine und im ganzen also 463 Verbandsfirmen. Im Vordergrund des Interesses stand die Schaffung einer einheitlichen Verkaufspreisliste.

Jute-Spinnerei und Weberei Cassel. Die Verwaltung beantragt die Verteilung von 20 Proz. (i. V. 12 Proz.) Dividende aus einem Reingewinn von 398 497 (271 119) Mark.

Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur Aktiengesellschaft in Doberitz. Der Aufsichtsrat schlägt für 1919/20 20 (16) Prozent Dividende sowie eine Kapitalerhöhung um 4 Mill. Mark auf 14 Mill. Mark vor.

A.-G. Reichelbräu in Kulmbach. Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurde ein Betriebsgewinn von 5,03 (2,10) Mill. Mk. erzielt. Unkosten erforderten 4,35 (1,47) Mill. Mk. Bei Abschreibungen von 0,14 (0,12) Mill. Mk. verblieb einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 0,65 (0,64) Mill. Mk., woraus bekanntlich eine Dividende von wieder 12 Prozent zur Ausschüttung gelangen soll. Als Neuvortrag werden 0,10 (0,11) Mill. Mk. gebucht. Die Bilanz verzeichnet Vorräte mit 0,13 (0,15), Bankguthaben mit 1,80 (1,47), Effekten und Hypotheken mit 1,98 (2,45) und Debitoren mit 0,54 (0,29) Mill. Mk. Bei den Debitoren sind die Schulden in Abzug gebracht.

§ **Im Konkurs der Mitteldeutschen Export- und Importgesellschaft** Looft, Weißkönig & Buschner in Gera gehen die Gläubiger völlig leer aus.

() **Im Konkurs der Schlauchfabrik Pressel in Königsee** sind für 181 624 Mark vorrechtslose Forderungen 23 611 Mark vorhanden.

Berliner Börse

vom 26. Oktober 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	73,00
5% Dtsch. Reichsanl.	79,50
4% " "	67,90
3½% " "	67,40
3% " "	64,60
4% Preuß Konsols	61,30
3½% " "	63,10
3% " "	50,30
4% Charl. Stadtanl. 89.99	91,60
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf	101,50
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf	96,40
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbl. 1911	96,50
4½% Dess. Gas Oblig	101,50
4% Dessauer Gas Obl.	92,00
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr Kronenrente	21,75
4% Ungar. Goldrente	54,10
4% Ungar. Kronenrente	25,00
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	75,00
Halle-Hettstedter	65,50
Schantungbahn	627,00
Allg. Lokal-Str	102,00
Gr. Berl. Str.	—
Magdeburger Str.-B.	150,00
Prinz-Heinrich-B.	499,50
[illegible]	
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	187,00
Hambg. Südamerika	250,00
Hansa-Dampfschiff.	315,00
Nordd. Lloyd	186,00
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	180,00
Berl. Handelsges.	223,50
Commerz-Diskontobank	190,50
Darmstädter Bank	165,75
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	326,00
Diskonto-Comm.	282,00
Dresdner Bank	210,00
Leipzig. Credit-Anst	180,00
Mitteld. Kreditbank	170,00
Mitteld. Privatbank	180,50
Nationalbank	174,00
Oesterr. Kredit	86,50
Reichsbank	151,25
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	327,00
Akt. f. Anilin	434,50
Allgem Elektr. Ges.	325,00
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	341,00
Annaberger Steingut	-
Badische Anilin	500,50
Bergmann Elekt. Akt	—
Berl. Masch.-Bau	395,00
Bismarckhütte	675,00
Bochumer Gußstahl	552,00
Chem.-Fabr. Buckau	428,00

Chem Griesheim	349,00
Chem. Heyden	460,00
Consolidation Schalk	75 ,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	248,36
Deutsche Luxemburg	376,00
Deutsche Treuhand gesellschaft	1080,00
Deutsche Erdöl	1785,00
Deutsche Gasglühl.	—
Deutsche Kali	460,00
Deutsche Waffen und Mun.	420,00
Donnersmarckhütte	473,00
Döring & Lehrmann	199,50
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	285,00
Elberfelder Farben	444,00
Felten & Guillaume	—
Gasmotoren Deutz	235,00
Gebhard & Co.	670,00
Gebhard & König	
Gelsenkirchen Berg.	880,00
Glauziger-Zuckerfbk	575,00
Hallesche Maschfbk.	705,00
Henn. Masch.	510,00
Harpener Berg	413,00
Hasper Eisen	730,00
Hirsch Kupfer	358,00
Höchster Farbwerke	—
Hoesch Eisen u. Stahl	—
Hohenlohe Werke	260,00
Humboldt Masch.	234,75
Ilse Bergbau	43[illegible],00
Kahla Porzellan	552,00
Kaliw. Aschersleben	484,00
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	—
Lauchhammer	—
Laurahütte	409,75
Linke & Hofmann	494,00
Ludwig Loewe & Co.	408,00
Lothringer Hütte	388,00
Mannesmannröhren	460,00
Masch.-Fabr. Buckau	394,00
Oberschl. Eisenb.-Bd.	280,00
do. Caro Hag.	291,00
do. Kokswerke	525,00
Orenstein & Koppel	429,00
Phönix Berg	560,00
Rhein. Metall-Vorz.	
Rhein. Stahlwaren	509,00
Riebeck. Montan	395,00
Rombacher Hütten	371,00
Rositzer Braunk.	
Rositzer Zucker	324,25
Sangerhäuser Masch.	712,00
HugoSchneider A.-G.	341,00
Schuckert & Co.	268,00
Siemens & Halske	341,00
Stettiner Cham.	415,00
Stettiner Vulkan	290,00
Stollberger Zinkh.	419,00
Strals. Spielkarten	—
Thale-Eisenhütte	920,00
Triptis Porzellan	325,00
Türk. Tabakregie	—
Ver. Köln-Rottweiler	—
Ver. Glanzstoff	
Wegelin & Hübner	790,00
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	990,00
Wittener Gußstahl	975,00
Wrede Mälzerei	198,00
Zeitzer Masch.	612,00
Zellstoff Waldhof	—
Otavi-Minen	819,00
Hildebrand, Mühlen	—

Tendenz: matt.

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 26. Oktober 1920.

Chemnitzer Bankverein	186,00	Mansfelder Kuxe	4700,00
Leipziger Hypoth. Bank	155,00	Oelsnitzer Kuxe	980,00
Mitteld. Privatbank	183,00	Pittler, Leipzig	429,50
Cröllwitzer Papierfabk.	—	Prehlitzer Stamm-Akt.	1500,00
Glauziger Zuckerfabk.	—	" Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Strassenbahn	149,50	Riebeckbier	219,00
Hallesche Zuckerfabk.	370,00	" Vorzugs-Akt.	124,00
" Zementfabk.	149,75	Rositzer Zuckerfabk.	318,00
Hugo Schneider, Paunsd.	338,00	Rudelsburger Zementfabk.	134,00
Körbisd. Zuckerfabk.	—	Sachsenwerk	452,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	408,00	Sondermann u. Stier	255,25
Leipziger Malzfabrik	185,00	Stöhr u. Co.	552,25
		Zimmermann, Halle	175,00
		Zimmermann, Chemnitz	232,50

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19201027011/fragment/page=0004